

**Lernen aus der
Geschichte**

LaG - Magazin

Schwule und Lesben

in der DDR

03/2014

19. März 2014

Inhaltsverzeichnis

Zur Diskussion

Lesben in der DDR – vom Tabu zum Aufbruch.....4
Die Ost-Berliner Schwulenbewegung und der Westen.....10
Sonntags im Club.....13
Die „Verfügung zur Geschlechtsumwandlung von Transsexualisten“ im Spiegel der Sexualpolitik der DDR.....18

Empfehlung Unterrichtsmaterial

Homosexualität in der DDR.....23

Empfehlung Fachdidaktik

Unsichtbare Lesben - Biographische und gesellschaftskritische Einblicke.....25
Ergebnisse der Tagung „Schwule und Lesben in der DDR“ – Ein Einblick für Lehrer/innen und Pädagog/innen.....26

Empfehlung Fachbuch

Die DDR. Die Schwulen. Der Aufbruch.....28

Empfehlung Film

Coming Out – Ein schwules Zeitdokument aus der DDR.....31

Empfehlung Lernort

Homosexualität und DDR – Forschendes Lernen im Schwulen Museum*33

Lernen aus der ■ Geschichte ■

Einleitung

Liebe Leserinnen und Leser,

wir begrüßen Sie zu einer neuen Ausgabe des LaG-Magazins. Sie greift die Geschichte von Schwulen und Lesben, aber auch von transgener Personen in der DDR auf. Das Thema verweist auf eine Lücke: Unterrichtsentwürfe und didaktische Materialien sind für das Geschichtslernen und die außerschulische Bildungsarbeit rar, bzw. kaum vorhanden. Eine Unterrichtseinheit findet sich auf dem Portal [queer history](#), das in einer Zusammenarbeit unseres Vereins Agentur für Bildung – Geschichte, Politik und Medien mit der Freien Universität Berlin und der Berliner Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Wissenschaft entstanden ist.

Wir möchten mit der Ausgabe für die spezifische Geschichte von Lesben, Schwulen und Transgender in der DDR sensibilisieren und dazu ermutigen, das Thema selbst im Unterricht oder in der (historisch-)politischen Bildung aufzugreifen.

Der Geschichte von Lesben in der DDR geht *Irene Beyer* in ihrem Beitrag nach. Dabei zeichnet sie ein Bild, das geprägt ist von Isolation der Frauen bis in die 1970er Jahr hinein und einer zunehmenden Organisierung unter dem Dach der Kirche in den 80ern.

Teresa Tammer gibt einen informativen Überblick zur Schwulenbewegung in Ost-Berlin, die sich in vielen Aspekten an der Bewegung im Westen orientierte, darüber aber auch eigenständige Vorstellungen von homosexueller Selbstorganisation entwickelte.

Der Sonntags-Club war Ort für Lesben und Schwule in der DDR sich, jenseits der Kir-

che, zu treffen, aber auch für Beratungen und für kulturelle Angebote. Der Beitrag von *Jens Dobler, Kristine Schmidt und Kay Nellißen* zeichnet die schwierige Geschichte dieser Institution nach.

Der Umgang mit transsexuellen Personen in der DDR ist ein weitgehend unbeachtetes Kapitel der Geschichte der Sexualpolitik im zweiten deutschen Staat. Wie *Ulrike Klöppel* aufzeigt, hatte die „Verfügung zur Geschlechtsumwandlung von Transexualisten“ darin eine wichtige Funktion und zeigt die ambivalente Haltung des Staates gegenüber Menschen, die ihr Geschlecht ändern wollten.

Wir danken allen externen Autor/innen herzlich für Ihre Mitarbeit.

In eigener Sache

Wir möchten Sie schon jetzt auf unser Webinar mit dem Geschichtsdidaktiker *Michele Barricelli* aufmerksam machen. Es findet am 28. April um 17.00 Uhr statt. Das Thema lautet „Interkulturelles Lernen zum Nationalsozialismus, die veränderte Rolle von Zeitzeugen und die Migrationsgesellschaft – neue Herausforderungen?“ Anmeldungen bitte wie immer an webinar@agentur-bildung.de.

Die nächste Ausgabe des LaG-Magazins erscheint am 16. April und befasst sich mit „100 Jahre Erster Weltkrieg“.

Wir wünschen Ihnen eine interessante Lektüre.

Ihre LaG-Redaktion

Lesben in der DDR – vom Tabu zum Aufbruch

Von Irene Beyer

Welche politischen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen fanden Lesben in der DDR vor, wie gestalteten Lesben ihr Leben unter diesen Bedingungen und wie versuchten sie, diese Bedingungen mitzugestalten, zu verbessern? Um Einblicke zu diesen Fragen zu geben, zeichne ich einen Bogen von den Anfängen der DDR – Tabu, Verschweigen und Isolation kennzeichnen diese Zeit für Lesben – bis zu ihrem Ende, das mitten in eine Aufbruchszeit für lesbisches Leben fiel.

Nach der Nazizeit: Tabu und Isolation

In den 1950er und 1960er Jahren ist die Situation für Lesben sehr stark von Tabuisierung, Verschweigen und Isolation gekennzeichnet. Formen von Öffentlichkeit für Lesben, geschweige denn von Lesben gibt es nicht. Es gibt auch keinen Zugang zu Informationen über Lesben, sie sind nirgendwo existent. Entsprechend gibt es auch keine politischen, sozialen oder kulturellen Zusammenschlüsse von Lesben oder eine öffentliche lesbische Subkultur. Die meisten Lesben leben in großer Isolation, ohne Möglichkeiten des Austauschs. Die sehr vereinzelt Lokale sind nur Insiderinnen bekannt. Ansonsten trifft frau sich im privaten Kreis, was auch das Risiko der Entdeckung minimiert. Für die allermeisten Lesben ist dies wichtig, denn sie leben versteckt und in der Angst „aufzufliegen“. Daraus resultiert,

dass sie nicht „darüber“ sprechen und „sich bedeckt halten“, was zum Beispiel auch bedeutet, sich äußerlich an die Weiblichkeitsnormen anzupassen, denn „damals war es eigentlich so, wenn man Hosen getragen hat, da haben die Leute gleich gesagt, man ist vielleicht andersrum.“ (Karstädt/Zitzewitz 1996: 54)

Dieser hohe Anpassungsdruck erreicht natürlich auch das Selbstbild und Selbstwertgefühl und er bestimmt die Vorstellungen vom und Möglichkeiten fürs eigene Leben mit. Lesben haben in der DDR der 1950er und 1960er Jahre denkbar schlechte Chancen, ein positives Selbstverständnis zu entwickeln. Gleichwohl existiert bei einzelnen eine Idee davon, dass man sich organisieren müsste, um politisch und gesellschaftlich etwas zu verändern und die eigene Lebenssituation zu verbessern. Was jedoch erst deutlich später und durch Veränderungen in den gesellschaftlichen und politischen Rahmenbedingungen in den 1970er und 1980er Jahren möglich wird.

1970er und 1980er Jahre – der gesellschaftspolitische Rahmen verändert sich

Welche der gesellschaftspolitischen Entwicklungen seit den 70er Jahren sind für Lesben besonders bedeutsam? Sie liegen im Wesentlichen in vier Bereichen:

Die evangelische Kirche

Am 6. März 1978 findet ein Grundsatzgespräch zwischen Staat und evangelischer Kirche statt, in dessen Folge die Kirche organisatorisch und finanziell mehr Unabhängigkeit erhält. Die Kirche in der DDR

positioniert sich in dieser Zeit neu, sie sieht sich jetzt als politische Kraft mit der Aufgabe der Mitsprache in der Gesellschaft. Dieser Rolle folgend öffnet sie sich für verschiedene Schattierungen von Opposition, die sich dann auch unter ihrem Dach bilden und sammeln. Der Kirche kommt damit für die Artikulation „nicht-linientreuer“ Aussagen und dem Entstehen oppositioneller Bewegungen große Bedeutung zu. Und sie hat, wie die damalige lesbische Aktivistin Christina Schenk formuliert, „die Zuflucht unter ihrem Dach nicht an Bedingungen geknüpft“.

Frauen- und Homosexuellenpolitik

Die DDR verfolgt von Anfang an eine aktive Frauen-Gleichberechtigungspolitik und verbessert damit die berufliche und ökonomische Situation von Frauen deutlich. Gleichzeitig hält sie jedoch an traditionellen Frauenrollen fest. Im Ergebnis stehen Frauen unter dem starken Druck, alles gleichermaßen abzudecken: Berufstätigkeit, Lernen, gesellschaftliche Arbeit und Familie und Haushalt.

Im Gegensatz dazu gibt es keine offizielle Homosexuellenpolitik. Gleichwohl nimmt die DDR in der Frage der Kriminalisierung und staatlichen Verfolgung Homosexueller eine moderate Haltung ein: Anders als in der BRD, wo die von den Nationalsozialisten verschärfte Fassung des § 175 übernommen und angewandt wird, wird hier die Fassung von vor 1935 geltendes Gesetz und findet wenig bis gar keine Anwendung mehr. 1968 gibt es dann eine im deutschen Straf-

recht noch nie dagewesene Veränderung für Lesben: Der alte § 175 wird durch den § 151 ersetzt und dieser bedroht nun allgemein homosexuelle Handlungen zwischen Erwachsenen und Minderjährigen mit Strafe – lesbische Sexualität wird also nicht mehr verschwiegen. Freilich bietet diese Form der Anerkennung lesbischer Existenz keinerlei Grund zur Freude.

Jenseits des Strafrechts gelten Lesben und Schwule bis in die 70er Jahre als wider die „sozialistische Moral und Ethik“. Erst in den 80er Jahren ändert sich diese Haltung: Homosexuelle werden im Laufe des Jahrzehnts zunehmend zu vollwertigen Bürgern der sozialistischen Gesellschaft erklärt. Mit dieser Umwertung gehen Zugeständnisse einher, die für viele Lesben im Alltag konkrete Vereinfachungen bedeuten und schmale Pfade aus der Isolation und dem Verstecken öffnen. Beispielsweise wird es in der 2. Hälfte der 80er zunehmend möglich, gemeinsam eine Wohnung zu bekommen. Auch Kündigungen des Arbeitsplatzes sind nicht mehr oder zumindest nicht in dem Maße zu befürchten.

Gleichzeitig sind offizielle Zusammenschlüsse von Lesben bis Mitte der 1980er Jahre nicht möglich, denn Gruppen gelten generell als suspekt, spezifische Interessen werden durchgängig als Verlangen nach Privilegien und als sozialismusfeindlich diffamiert. „Der Sozialismus kennt keine Randgruppen.“

Entsprechend verwundert es nicht, dass das Ministeriums für Staatssicherheit (Stasi) ab

Lernen aus der Geschichte

den 1970er Jahren Lesben und Schwule zunehmend beobachtet und mit seinem Repertoire an Mitteln versucht, die Organisierung zu behindern. Auf lesbische Aktivistinnen und Gruppierungen werden IM's angesetzt.

Die Medien

Das Schweigen über Lesben weicht in den 1970er Jahren ein wenig auf. Erste Zeitschriftenartikel erscheinen, in denen allerdings ausschließlich sogenannte Experten mit meist deutlich diskriminierenden Äußerungen zu Wort kommen. Besonders viel Aufmerksamkeit erhält Prof. Günter Dörner. Mit seiner abstrusen Theorie, dass Homosexualität hormonbedingt, aber glücklicherweise - wenn dank seiner Methoden rechtzeitig erkannt - heilbar und also ausmerzbar sei, ist er z.B. Gegenstand und Interviewpartner im ersten in der Frauenzeitschrift Für Dich erscheinenden Artikel zum Thema.

Aber unter die Expertenmeinungen mischen sich langsam auch aufklärerische, die Lesben und Schwule als vollwertige Bürger/innen und wertvolle Mitglieder der sozialistischen Gesellschaft verstanden wissen wollen. Dieser Trend setzt sich in den 1980er Jahren durch: Jetzt mehren sich Beiträge zu lesbischer Existenz und die Bereitschaft, zu entdiskriminieren wird deutlicher erkennbar. Und anders als in den 70ern kommen jetzt auch Lesben selbst zu Wort. Beispielhaft dafür ist am 30.1.89 im Jugendradio DT 64 die Sendung Mensch Du, ich bin lesbisch: Lesben des Berliner Arbeitskreis Lesben in der Kirche (LiK) gestalten die Sendung mit und können hier wirklich „an die HörerIn-

nen das übermitteln, was WIR sagen wollen“.

Die Wissenschaft

In der DDR genießt die Sexualwissenschaft durch viele populärwissenschaftliche Veröffentlichungen breite Aufmerksamkeit in der Bevölkerung. Hierüber werden in den 70ern noch haarsträubende „wissenschaftliche Erkenntnisse“ über Lesben verbreitet. Ein eindrückliches Beispiel ist, neben dem bereits erwähnten Dörner das Standardwerk „Sexuologie. Geschichte, Mensch, Gesellschaft“ von 1974: „... die Partnerschaft zwischen einer aktiven, maskulinen, manchmal auch entsprechend gekleideten und nicht selten mit einem männlichen Vornamen gerufenen, dominant wirkenden, gern etwas tonangebenden Frau, die jedoch keine männlichen körperlichen Stigmata ... haben muss (!), und einer weiblich-weichen, anschmiegsamen, gefügigen, passivhingebenden, bei Lesbierinnen ausgeprägter und häufiger zu sein (scheint) als ähnliche Verhältnisse zwischen hs. Männern. Und dass „bei Frauen mit größerer Klitoris, die in lesbischen Kreisen bekannt und geschätzt sind, auch der Versuch unternommen (wird), diese in die Vagina einzuführen.“

Im Laufe der 80er formiert sich dann ein eher emanzipatorischer Flügel der Sexualwissenschaft. Federführend sind hier einerseits eine interdisziplinäre Arbeitsgruppe an der Berliner Universität, die 1985 die Zulassung von Interessengruppen und Anlaufpunkten grundsätzlich als „der sozialistischen Gesellschaft förderlich“ befürwortet

und empfiehlt, andererseits die Sozialhygienische Gesellschaft der DDR in Leipzig, die ebenfalls 1985 die erste wissenschaftliche Tagung zu Homosexualität ausrichtet und dabei sogar eine Zusammenarbeit mit dem Leipziger AK Homosexualität, also mit Betroffenen, eingeht.

Parallel dazu stellt sich auch in den populärwissenschaftlichen Veröffentlichungen eine deutliche Veränderung ein: nicht mehr Pathologisierung oder Mitleid sind die Botschaften, sondern ein Aufruf zur Auseinandersetzung, zur Abschaffung der Diskriminierung und zur Integration der Homosexuellen.

Lesbisches Leben in diesem Rahmen – wenig Luft in den 70er Jahren

Prinzipiell ist zu sagen, dass die ökonomische und rechtliche Situation von Lesben wie von Frauen allgemein sich dank der aktiven Gleichstellungspolitik des Staates in den ersten Jahrzehnten der DDR deutlich verbessert hat. Die wachsende ökonomische Unabhängigkeit von Frauen in der DDR hat sich für Lesben enorm positiv ausgewirkt, ein Leben außerhalb der Ehe wird zur materiellen Möglichkeit. Auch wird das Selbstbewusstsein von Frauen über die ökonomische Seite gestärkt.

Dadurch wäre eigentlich damit zu rechnen, dass alternative Lebensentwürfe für immer mehr Frauen auch tatsächlich denkbar und damit tendenziell lebbar werden. Dem gegenüber steht jedoch ein rigides Festhalten am traditionellen Frauenbild, es wirkt im Bewusstsein vieler Menschen ungebro-

chen fort. Und so schlagen die allermeisten Frauen zumindest zunächst doch den „klassischen Weg“ ein, ohne Alternativen überhaupt im Blick zu haben. Das hat u.a. damit zu tun, dass lesbische Existenz noch immer mit einem starkem Tabu sowie mit starker Abwertung belegt ist. Von der Möglichkeit, sich halbwegs frei für ein lesbisches Leben zu entscheiden, kann also weiterhin keine Rede sein.

Hinzu kommt, dass in den 70ern die Angst vor dem Verlust des Arbeitsplatzes noch sehr real ist. Laut einem Brief von DDR-Lesben an die BRD-Lesbenzeitung Lesbenpresse gibt es „genug Beispiele, daß Frauen von ihrem Arbeitsplatz „versetzt“ wurden oder angeblich die Arbeitsaufgaben plötzlich nicht mehr erfüllt wurden“.

Zusätzlich ist die Isolation nach wie vor erdrückend. Außer in Berlin gibt es weiterhin fast keine Treffpunkte und auch sonst keine Infrastruktur, durch die Lesben Kontakt zu anderen finden könnten. Und auch in Berlin sind die Orte nur über den sogenannten Buschfunk zu erfahren und außerdem sehr schwulendominiert. Und noch nach 1980 werden gleichgeschlechtliche Kontaktanzeigen oft nicht abgedruckt, denn laut Anzeigenordnung sind „Partner- und Briefwechselgesuche für Freizeitgestaltung nur zulässig, soweit im Anzeigentext das Interessengebiet benannt wird und keine Formulierungen wider die sozialistische Moral und Ethik enthalten sind“.

Nicht zuletzt gilt für viele, was im gleichen Brief an die Lesbenpresse formuliert wird:

„Die Angst vor dem Staat DDR erdrückt jede Initiative.“ Trotzdem gibt es in den 1970er Jahren erste Versuche einer politischen bzw. gesellschaftlichen Organisation, um Verbesserungen zu erreichen. Ziele sind: öffentlich zu werden, aus dem Versteck herauszutreten, Orte für Kommunikation und Austausch, aber auch anregende Geselligkeit und gegenseitige Hilfe zu schaffen.

Eine Art Initialzündung ist die Ausstrahlung des Films „Nicht der Homosexuelle ist pervers, sondern die Situation in der er lebt“ von Rosa von Praunheim im BRD-Fernsehen im Januar 1973. Im Sommer des gleichen Jahres will eine Gruppe von Lesben und Schwulen mit dem Transparent „Wir Homosexuelle der Hauptstadt begrüßen die Teilnehmer der X. Weltfestspiele und sind für den Sozialismus in der DDR“ zur Abschlussveranstaltung der X. Weltfestspiele (ihr Vorhaben wird jedoch von Sicherheitskräften vereitelt). Bald darauf gründet sich ein erster nicht-öffentlicher Zusammenschluss von Lesben und Schwulen, die HIB (Homosexuelle Interessengemeinschaft Berlin). Und 1978 findet ein erstes selbstorganisiertes Lesbentreffen in der DDR statt. Obwohl die Volkspolizei auch dieses verhindern will und den Zugang versperrt, kann das Treffen in veränderter Form doch stattfinden, weil die ca. 100 (!) angereisten Lesben auf zwei Gaststätten und eine Wohnung ausweichen. Die Aktivistin Uschi Sillge zitiert in ihrem Buch Unsichtbare Frauen eine teilnehmende Lesbe: „So viele Lesben in einem Raum habe ich noch nie gesehen! Mir fällt ein Stein vom Herzen, dass ich nicht die

einzigste auf der Welt bin.“

Insgesamt bleiben diese Bemühungen in den 1970er Jahren aber noch ohne echte Erfolge.

Politische Organisation von Lesben in den 80ern

In den 80ern nimmt die Organisation von Lesben konkretere Formen an. Und dabei ist die evangelische Kirche als Dach für die Gruppen von herausragender Bedeutung, sogenannte „staatliche Gruppen“ entstehen nur wenige. Wirkliche Bedeutung für Lesben erhält unter ihnen wohl nur der Sonntagsclub in Berlin, ein Zusammenschluss von Lesben und Schwulen, der 1986 erstmals ein offizielles Domizil findet und damit endlich öffentliche Veranstaltungen organisieren kann. In den wenigen anderen weltlichen Gruppen, die danach andernorts entstehen, dominieren Schwule sehr stark das Geschehen, Lesben sind teilweise sogar ausdrücklich nicht erwünscht.

Der Sonntagsclub führt inhaltliche Abende und auch Geselligkeiten für Lesben und Schwule durch. Politisch wollen sie die Entdiskriminierung und die Verbesserung der Lebenssituation von Lesben und Schwulen. Diese Ziele verfolgen sie mit einer Strategie der kleinen Schritte, mit beharrlichen Anfragen und Eingaben an staatliche Stellen. Und sie schlüpfen mit Bedacht nicht unter das Dach der Kirche, denn, so Sillge: „Die Lesben und Schwulen in den weltlichen Gruppen verstanden sich mehrheitlich als loyale BürgerInnen, waren aber trotzdem gesellschaftlich und politisch engagiert und

verstanden ihren Kampf um Gleichberechtigung, um Akzeptanz und Berücksichtigung ihrer Interessen als Versuch die Gesellschaft zu verbessern. Sie vermieden Provokationen und handelten eher nach dem Motto, dass steter Tropfen den Stein höhlt.“

Unter dem Dach der Kirche entwickeln sich weit mehr Gruppen und die politische Organisation entfaltet deutlich mehr Stärke. 1982 entsteht in Leipzig der 1. Arbeitskreis Homosexualität und damit erstmals eine Form von kontinuierlicher Öffentlichkeit von Lesben für Lesben, andere Frauen und Männer. In den Folgejahren entsteht in vielen Städten der DDR ein Arbeitskreis Homosexualität. In der Kirche steht ihnen eine vergleichsweise beachtliche Infrastruktur zur Verfügung. Neben den Vervielfältigungsmöglichkeiten und der Kirchenpresse sind die Kirchentage als Forum für Öffentlichkeit und Auseinandersetzungen wichtig, sowie die Möglichkeit, unter dem Label „Mitarbeitertreffen“ DDR-weite Treffen der Arbeitskreise abzuhalten. Und: „Wir haben die Lesbenarbeit von vornherein als politische Arbeit verstanden, weil wir Kritik an den bestehenden Zuständen geäußert haben. Wenn Du das in der DDR gemacht hast, ging das nur in der Kirche.“

Innerhalb der kirchlichen Organisation nimmt die Gruppe LiK - Lesben in der Kirche - eine Avantgarde-Funktion ein; einerseits weil sie besonders aktiv ist und viel Aufmerksamkeit auf sich zieht, andererseits weil sie als erste reine Lesbengruppe eine klar feministische und damit teils andere, teils breitere politische Perspektive ein-

nimmt: „Lesben geht es eben nicht nur um das Homosexuellsein, sondern immer auch um das Frausein.“ Aus ihrer grundsätzlichen Kritik am DDR-Staat, ihrer antipatriarchalen Opposition sowie der Forderung nach Demokratisierung und Emanzipation der Gesellschaft erwächst eine enge Zusammenarbeit mit der ebenfalls unter dem Dach der Kirche wachsenden Frauenbewegung/Frauenfriedensbewegung.

Lesben erreichen in den 1980er Jahren durch das Ineinandergreifen ihrer eigenen politischen Organisation mit der wachsenden Bereitschaft zur Entdiskriminierung auf Seiten von Staat und Gesellschaft eine vergleichsweise deutliche Präsenz in der Gesellschaft und deutliche Verbesserungen ihrer Lebenssituation. Die 1980er Jahre, genauer deren zweite Hälfte, sind Aufbruchzeit für Lesben in der DDR. So 1989 zu lesen in der frau anders, der Lesbenzeitung aus Jena: „Lieber öffentlich lesbisch als heimlich im DFD“.

Literatur

... viel zu viel verschwiegen. Eine Dokumentation von Lebensgeschichten lesbischer Frauen aus der Deutschen Demokratischen Republik, hg. v. Christina Karstädt und Anette von Zitzewitz, Berlin 1996, S. 54.

Über die Autorin

Irene Beyer, geb. 1968 und aufgewachsen in der „Alt-BRD“, Politikwissenschaftlerin und Erwachsenenpädagogin. Hat in Wissenschaft, FrauenLesbenbewegung und politischer Erwachsenenbildung viel mit und über Lesben in der Weimarer Republik, im Nationalsozialismus, in der BRD und in der DDR gearbeitet.

Die Ost-Berliner Schwulenbewegung und der Westen

Teresa Tammer

Die deutsche Schwulenbewegung blickt zurück auf zwei Geschichten im geteilten Deutschland, wobei die eine Geschichte nicht ohne die jeweils andere erzählt werden kann. Besonders für die Schwulenbewegung in der DDR war der Blick nach Westen sowie Kontakte zu West-Berliner und bundesdeutschen Schwulenaktivisten von enormer Bedeutung. Denn die politischen und gesellschaftlichen Bedingungen für schwulenpolitisches Engagement in der DDR unterschieden sich sehr stark von denen im Westen. War es in der Bundesrepublik nach der Entschärfung des Paragraphen 175 StGB 1969 prinzipiell möglich, selbstorganisierte soziale und politische Aktivitäten zu entfalten, so galten Schwulengruppen in der DDR – wengleich der Paragraph 175 StGB hier bereits 1968 abgeschafft wurde – zu jeder Zeit als „feindliche Kräfte“. Sie standen unter intensiver Beobachtung und „operativer Bearbeitung“ durch die Staatssicherheit, die versuchte, die Arbeit dieser Gruppen zu verhindern. Homosexuelle waren in der ostdeutschen Öffentlichkeit zudem weitgehend unsichtbar. Es existierte keine einzige Schwulenzeitschrift und in anderen Medien erschienen vereinzelt Beiträge zum Thema Homosexualität erst ab Ende der 1980er Jahre. Aus dieser Situation heraus suchte und pflegte die Ost-Berliner Schwulenbewegung Verbindungen nach West-Berlin und in die Bundesrepublik, ihre Geschichte blieb

allerdings eine ostdeutsche.

Dieser Artikel beschränkt sich auf die Schwulenbewegung in Ost-Berlin und ihre Verbindungen nach West-Berlin und in die Bundesrepublik.

Anstoß aus dem Westen – 1970er Jahre

Anregungen und Impulse zur Gründung der ersten Schwulengruppe der DDR, der Homosexuellen Interessengemeinschaft Berlin (HIB), kamen von West-Berliner und bundesdeutschen Schwulenaktivisten, die ab 1972 mit ihren Ideen auch im Ostteil Berlins auf Interesse stießen. Die Voraussetzung dafür waren die im Viermächteabkommen über Berlin 1971 festgelegten Einreiseerleichterungen für West-Berliner und Bundesbürger nach Ost-Berlin und in die DDR. Ausschlaggebend für die Entstehung der Schwulenbewegungen auf beiden Seite der Mauer war der Film ‚Nicht der Homosexuelle ist pervers, sondern die Situation, in der er lebt‘ (1971) des westdeutschen Regisseurs Rosa von Praunheim, der im Januar 1973 das erste Mal von der ARD ausgestrahlt wurde und somit auch im Osten zu sehen war. Den grundlegenden Forderungen des Films nach Rechten und Freiheiten für Schwule schloss sich die HIB an, ihre konkreten Herausforderungen in der DDR waren jedoch andere: Sie mussten Räume organisieren, Genehmigungen für Veranstaltungen einholen und um ihre offizielle Anerkennung kämpfen. Die West-Berliner Schwulenbewegung begann schon in der ersten Hälfte der 1970er Jahre sich ausdifferenzieren

und verschiedene, teilweise konkurrierende Strategien schwuler Emanzipation zu verfolgen.

Bis Mitte der 1970er Jahre pflegten die Mitglieder der HIB enge Kontakte nach West-Berlin und in die Bundesrepublik. Aktivist*innen westlicher Schwulengruppen nahmen an Veranstaltungen der HIB teil, brachten ihre Grundsatzserklärungen und schwule Magazine mit nach Ost-Berlin. Als die HIB Mitte der 1970er Jahre feststellen musste, dass die Sicherheitsbehörden der DDR versuchten, den Austausch mit West-Berliner Schwulen zu verhindern, brach die HIB im vorausseilenden Gehorsam alle sichtbaren Westkontakte ab. Die damit verbundene Hoffnung, der staatlichen Anerkennung ein Stück näher zu kommen und sich zukünftig ganz offiziell für die Belange von Homosexuellen in der DDR einsetzen zu können, wurde jedoch enttäuscht. 1979 sah sich die HIB schließlich gezwungen, ihre Aktivitäten vollständig einzustellen.

Zwischen Nähe und Abgrenzung zum Westen – 1980er Jahre

Ab Anfang der 1980er Jahre stellten einzelne evangelische Gemeinden in der DDR Schwulen und Lesben Räume für regelmäßige Treffen zur Verfügung und schützten sie damit bis zu einem gewissen Grad vor dem Zugriff staatlicher Behörden. Die Überwachung durch die Staatssicherheit nahm dennoch zu, denn Initiativen von unten galten generell als „feindliche Aktivitäten“ und insbesondere bei den sich organisierenden Homosexuellen wurde „negativer Einfluss“

aus dem Westen vermutet. Dass sich die Homosexuellen Ost-Berlins für den Westen interessierten, ist nicht von der Hand zu weisen, allerdings lag dies nicht an den vermeintlichen „Versuchen des Klassenfeinds“, Homosexuelle für „seine Zwecke zu missbrauchen“, sondern schlichtweg am Mangel an Informations-, Artikulations- und Begegnungsmöglichkeiten für Schwule und Lesben in der DDR.

Da bis 1989 in der DDR nur zwei Aufklärungsbücher zum Thema Homosexualität gedruckt wurden, demgegenüber in West-Berlin schon seit Ende der 1970er Jahre ein schwuler Verlag und ein schwuler Buchladen existierten, lag es nahe, sich politisch-emanzipatorische, soziologische, psychologische, geschichts- und kulturwissenschaftliche Texte zur Homosexualität von dort zu beschaffen. Die Bücher ‚Der gewöhnliche Homosexuelle. Eine soziologische Untersuchung über männliche Homosexuelle in der Bundesrepublik‘ (1974) von Martin Dannecker und Reimut Reiche sowie ‚Coming out. Hilfen zur homosexuellen Emanzipation‘ (1980) von Martin Siems sind dafür Beispiele. Überdies wurden in Ost-Berlin kommerzielle und alternative Schwulenzeitschriften, wie ‚Du&Ich‘, die ‚Siegessäule‘, der schwule Stadtführer ‚Berlin von hinten‘ sowie Info-Briefe verschiedener Arbeitsgruppen gelesen. Es waren zumeist Besucher aus dem Westen, die diese und andere Publikationen, über die Grenze schmuggelten, denn für Druckmaterialien, die nicht in der „Postzeitungsliste der DDR“ aufgeführt waren – und das waren die genannten Zeitschriften

nicht – galt ein striktes Einfuhrverbot.

West-Berliner und Schwule aus der Bundesrepublik nahmen vereinzelt auch an den Veranstaltungen der Arbeitskreise in Ost-Berlin teil. Gelegentlich traten sie als Referenten auf und berichteten über die Lage von Homosexuellen in westlichen Ländern, über AIDS und andere Themen. Die Schwulen in Ost-Berlin waren demnach nicht nur über die schwule Subkultur West-Berlins und anderer westdeutscher Großstädte informiert. Sie erfuhren auch, welche Unterschiede im Umgang mit Homosexualität in den beiden deutschen Staaten herrschten und welche Möglichkeiten der Selbstorganisation, des Engagement und der Freizeitgestaltung im Westen – anders als in der DDR – bestanden.

Für westliche Journalisten schwuler oder nicht-schwuler Medien war es hingegen sehr mühsam und aufwendig, an Informationen über die Schwulenbewegung in der DDR zu gelangen. Die leitenden Mitglieder schwuler und lesbischer Gruppen in Ost-Berlin versprachen sich von ihrer Bekanntheit im Westen zwar einen gewissen Schutz und hofften damit, Druck auf die Staats- und Parteiführung ausüben zu können. Gleichzeitig gingen sie das Risiko ein, von den Sicherheitsbehörden in der Arbeit eingeschränkt oder gar verboten zu werden. So mussten die Ost-Berliner Schwulengruppen bis zum Fall der Mauer immer zwischen Nutzen und Nachteil ihrer Verbindungen ins andere Deutschland abwägen und nicht selten auf diese verzichten.

Die Schwulenbewegung Ost-Berlins orientierte sich an westlichen Vorbildern und war inspiriert durch die westliche schwule Welt, ihre Aktivitäten richteten sich allerdings an die Gesellschaft und den Staat in der DDR. Nichtsdestoweniger halfen das Wissen und die Vorstellungen von den Freiheiten homosexueller Selbstorganisation im Westen, Wünsche zu entwickeln und konkrete Forderungen gegenüber den staatlichen Behörden in der DDR formulieren zu können.

Über die Autorin

Teresa Tammer studierte Geschichte und Philosophie im Bachelor und absolvierte ihren Master in Neuerer und Neuester Geschichte in Berlin. Ihre im Dezember 2013 eingereichte Masterarbeit trug den Titel „Schwul bis über die Mauer. Die Westkontakte der Ost-Berliner Schwulenbewegung in den 1970er und 1980er Jahren“. Neben dem Studium arbeitete Teresa Tammer in der Gedenkstätte Bautzen und in der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur. Kontakt: teresatammer@gmx.de

Sonntags im Club

Jens Dobler, Kristine Schmidt,
Kay Nellißen

Nachdem die Homosexuelle Interessengemeinschaft Berlin (HIB) im Jahr 1980 ihre Aktivitäten und Veranstaltungen eingestellt hatte, arbeiteten einige der ehemaligen Mitglieder mit Uschi Sillge weiter und versuchten erneut einen Klub für Lesben und Schwule zu gründen. Mitte Februar 1986 ergab sich die Möglichkeit, den Mittzwanziger-Klub in der Veteranenstraße für Veranstaltungen zu nutzen. Immer am Sonntag, da der Klub dann frei war.

Uschi Sillge, die die Arbeit organisierte und heute Ehrenmitglied des Sonntags-Clubs ist, erinnert sich: „Im Februar 1986 hatten wir ihn gefunden, den Mittzwanziger-Klub in der Veteranenstraße. Die Klubleiterin Carola und ihr Stellvertreter Michael waren einverstanden, Veranstaltungen für Lesben und Schwule zu organisieren. Olaf B.[rühl] bestritt eine Veranstaltungsreihe „lesetheater“ und hatte Genet, Gide, Proust, Baldwin, Whitman usw. im Programm. Anfangs waren keine Besucher gekommen. Wir gaben per „Buschfunk“ die Information und plötzlich kamen mehr als dreißig Leute. Die Klubleitung konnte gut abrechnen und wir waren erst mal happy. Dann bekam das Kreiskulturhaus Mitte mit, was sich da für ein Publikum sonntags sammelte. Es kam zu Auseinandersetzungen. Trotz der Querelen organisierten wir bald jeden Sonntag Veranstaltungen.“ So ging es bis zum November, dann wurde der Mittzwanziger-Klub wegen

Rekonstruktionsarbeiten geschlossen und nie wieder eröffnet.

Es wurde also wieder nach Räumen gesucht. Mit Genehmigung der Hausgemeinschaftsleitung des Wohnhauses in der Choriner Straße 9 fanden dort zeitweise Treffen in einem Abstellraum statt, der mit Möbeln vom Sperrmüll dafür hergerichtet wurde. Schließlich kamen die Frauen und Männer in wechselnden Klub-Gaststätten unter; auch hier waren immer nur die Sonntage frei. Darum setzte sich ab 1987 der neutrale Name „Sonntags-Club“ durch. Zu neutral, fanden einige Mitglieder: „Dann hörte ich nach einer Weile, dass das ganze Sonntags-Club heißt und äußerte mich unzufrieden. Naja, da weiß doch niemand, was wir für ein Club sind – Sonntags-Club – und Uschi meinte, ‚Bist Du naiv oder was? Einen anderen Namen, das geht doch gar nicht, da verbieten die uns, das wird nichts. Sei froh, dass wir diesen Namen gefunden haben jetzt.‘ Ja, den Namen hat ja der Club heute noch.“

So entstand der erste nicht kirchlich angebundene Klub, der allmählich zu einem Anlaufpunkt für Lesben und Schwule aus der ganzen DDR wurde. Im Frühjahr 1988 versuchte der Sonntags-Club im Kreiskulturhaus Prater, Prenzlauer Berg, unterzukommen, wurde aber letztlich abgelehnt. Astrid Lehmann, damals Abteilungsleiterin für Agitation und Propaganda der SED-Kreisleitung Prenzlauer Berg erinnert sich zu diesem Vorgang: „Ich wusste, dass es den Homosexualitätsparagrafen nicht mehr gab und dass nichts dagegenspräche. Das war im Übrigen auch die Meinung der meisten

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Kreisleitung. Der zweite Sekretär sträubte sich jedoch gegen das Ansinnen. Er meinte, dass es schon genug ‚widerspenstiges‘ und ‚absonderliches‘ im Kreis gebe und die Homosexuellen woanders unterkommen sollten. Ich hatte den Eindruck, dass dahinter Vorurteile persönlicher Art steckten, die er nun über die offizielle Schiene einbrachte.“ Der Sonntags-Club kam dann im Kreiskulturhaus in Mitte unter.

Eines der Hauptanliegen des Sonntags-Clubs war die Annahme und Veröffentlichung von Anzeigen für gleichgeschlechtliche Partnerschaften in Zeitungen und Zeitschriften. Die Möglichkeiten für homosexuelle Kontaktanzeigen waren seit den siebziger Jahren untersagt beziehungsweise wesentlich erschwert worden. In Eingaben und Gesprächen versuchte Uschi Sillge immer wieder die Notwendigkeit dieser Anzeigen gegen die Isolation der Lesben und Schwulen zu betonen. Ab Mitte der achtziger Jahre wurden dann entsprechende Kontaktanzeigen zögerlich wieder zugelassen. Wobei die Offenheit sich nicht in Rubriken wie „ER sucht IHN“ oder „SIE sucht SIE“ ausdrückte, sondern Anzeigen allenfalls getarnt, versteckt und verschämt gebracht wurden.

Die Aufhebung der Isolation vieler Lesben und Schwuler in der DDR war ein weiteres wichtiges Anliegen des Sonntags-Clubs. Hierzu trug die „Postbearbeitungsgruppe“ wesentlich bei. Sie pflegte einen umfangreichen Briefkontakt, indem sie die Programme der Veranstaltungen an Interessierte verschickte, Anfragen beantwortete und

versuchte bei persönlichen Problemen Hilfestellung zu leisten. Sie bot so für viele homosexuelle Menschen die einzige Möglichkeit zum Austausch über ihre oft einsame Lebenssituation.

Im Sonntags-Club wurde auf Geschlechterparität gesetzt und verschiedene Interessengruppen gebildet. Der Clubrat setzte sich aus den jeweiligen Gruppenleiterinnen und -leitern zusammen. Schon im ersten Halbjahresprogramm von 1988 wurden die Sparten Literatur, Geschichte, Film, Bildende Kunst, Fotografie, Wandern/Radwandern, Theorie, Motoristik und der Gesprächskreis Aids vorgestellt und weitere vorgeschlagen. Die Vervielfältigung der Programme gestaltete sich schwierig, da in der DDR ausschließlich Schreibmaschinendurchschläge zur Mehrfachausfertigung erlaubt waren. Diese Auflage wurde umgangen, indem einzelne Beteiligte heimlich die Druckvorrichtungen in ihren Betrieben nutzten oder Druckgenehmigungen auf der Basis einer erdachten Drucknummer zu erhalten suchten.

Der Sonntags-Club galt aus Sicht der kirchlichen Oppositionsgruppen als staatsnah. Die Stasi führte ihn jedoch, wie die anderen lesbischen und schwulen Gruppen auch, als „feindlich-negative Kraft“. Grundsätzlich galt die Direktive der Stasi, die Bildung einer Homosexuellenorganisation in der DDR zu verhindern.

Um „gezielte Profilierungsbestrebungen homophiler Personen“ zurückzudrängen und „Aktivitäten provokatorisch-demonstrativen Charakters (z. B. Kranzniederlegungen

an Gedenkstätten)“ zu verhindern, versuchten die staatlichen Stellen in Abstimmung mit der Staatssicherheit mit einer Reihe „komplexer staatlicher und gesellschaftlicher Maßnahmen, der Intensivierung der Öffentlichkeitsarbeit, einschließlich der Publizierung staatlicher Standpunkte zum Problem der Homosexualität“, die Lesben- und Schwulenbewegung zu bekämpfen. Als staatliche Maßnahmen werden ausdrücklich genannt zum Beispiel eine Diskussion in der Zeitschrift *Deine Gesundheit* vom November 1984 und das Buch von Professor Rainer Werner „Homosexualität – Herausforderung an Wissen und Toleranz“. Damit sollte die „Etablierung einer sogenannten Homosexuellen-Bewegung in der DDR und der politische Missbrauch solcher Gruppierungen durch äußere und innere Feinde“ wirksam unterbunden werden.

Als einen solchen „inneren Feind“ hatte die Stasi klar Uschi Sillge im Visier. In den Stasidossiers gibt es ausführliche Stellungnahmen über sie, mehrere IMs waren direkt auf sie angesetzt. In einer Einschätzung von 1988 heißt es: Seit 1983 habe sie wiederholt an staatliche Stellen Forderungen zur Emanzipation der Homosexuellen gestellt. Sie habe versucht sich als Expertin zur Homosexualität in der DDR aufzubauen. Eine private Reise in die BRD habe sie gezielt „missbraucht“, um Schwulengruppen in der BRD zu besuchen (wobei die Gruppe GLF-Köln – Gay Liberation Front – fälschlicherweise als „Bewaffnete Schwule Front“ übersetzt wurde). Ihr Lebenslauf wurde aufgerollt. Sie sei in keiner Partei, arbeite

nicht, sondern lasse sich von ihrer Freundin aushalten, „alle ihre Aktivitäten sind nach vorliegenden internen Erkenntnissen durch ihren überzogenen Drang nach Emanzipation und gesellschaftlicher Bestätigung sowie durch ihr spezifisches Sexualverhalten motiviert.“

Der künftige Umgang mit dem Sonntags-Club war doppelbödig. Man versuchte ihn einerseits in Schach zu halten und zu kontrollieren, andererseits wurde IM Walter Fichte mit gezielten operativen Maßnahmen betraut. Er wurde beauftragt „vor allem neue Mitglieder des Sonntags-Club und der Interessengemeinschaften einer systematisch politisch-ideologischen, charakterlichen, kontaktmäßigen und freizeitlichen Aufklärung zu unterziehen.“ Ferner sollte er einen Keil zwischen die Kirchengruppen und den Sonntags-Club treiben. Er sollte sich, so sein Auftrag weiter, „besonders bei der Aufklärung auf die Personen und Mitglieder [...] beziehen, die eine bewusste Konfrontation zwischen bestehenden homosexuell-kirchlichen Arbeitskreisen und außerkirchlich bestehenden homosexuellen Arbeitskreisen in Verbindung mit Staatsorganen suchen.“ Es ist nicht auszuschließen, dass man sich eine weitere Hintertür, die der Zerschlagung auf „sanfte Weise“, offenließ.

Nach diesen Strategieüberlegungen, die vor allem im ersten Quartal 1988 stattfanden, änderte sich der staatliche Umgang mit dem Sonntags-Club. In einem Informationspapier der Volkspolizei, Abteilung Schutzpolizei, Referat Erlaubniswesen, vom 6. Mai 1988 wird über eine Tagung der Arbeits-

gruppe Homosexualität der Humboldt-Universität berichtet. Es wird festgestellt, dass in der DDR „Menschen, die homosexuell veranlagt sind, nicht diskriminiert werden und eine feste Stellung in der Gesellschaft einnehmen.“ Der Sonntags-Club wird als Interessenvertretung der Homosexuellen ausdrücklich genannt und anerkannt, vor allem in Bezug auf Aufklärungsarbeit über Aids und HIV. Es wird angekündigt, dass der Sonntags-Club, der im Kreiskulturhaus Mitte ansässig sei und von der Arbeitsgruppe der Humboldt-Uni „angeleitet“ werde, in Zukunft „eventuell“ weitere Beratungsstellen im Stadtgebiet aufbauen werde. Da dieses Papier vom Referat für Erlaubniswesen der Volkspolizei kam, macht es die künftige Bedeutung deutlich.

In der weiteren Zusammenarbeit kristallisierten sich unter den Mitgliedern immer deutlicher unterschiedliche Ziele und Inhalte heraus. Im Januar 1989 erfuhr die Staatssicherheit, dass es zu einer Abtrennung „der Genossen“ vom Sonntags-Club kommen sollte. Im Februar war die Trennung spruchreif, die neue Gruppe „Courage“ stellte sich in einem Flugblatt der Öffentlichkeit vor: „Frauen und Männer, die in der Leitung und verschiedenen Interessengruppen des Sonntags-Clubs mitgearbeitet haben, haben sich von diesem getrennt. Der Grund dafür war die Unfähigkeit der Leitung des Sonntags-Clubs, nach demokratischen Prinzipien eine effektive Umsetzung der eigenen Zielstellung zu verwirklichen, eine kollektive Leitungstätigkeit durchzusetzen und die Angliederung des Sonntags-Clubs an eine

Trägereinrichtung im Rahmen der Möglichkeiten zu erreichen.“

Auch wenn interne Querelen eine Rolle spielten, wie es in allen Bewegungen vorkam und vorkommt, bestand die Gruppe Courage deutlich aus „Genossen“, die dem Staat nahestanden und den Sonntags-Club zu oppositionell befanden. Obgleich Courage sehr SED- und FDJ-nah war, erhielt auch sie von der Staatssicherheit keinen Freibrief. IM „Jürgen“ überwachte Courage bis Oktober 1989.

Die Zeit nach '89

Im Frühsommer 1990 konnten endlich eigene Klubräume angemietet werden. Das Beratungs- und Informationszentrum „biz-Café“ wurde in der Rhinower Straße 8 in Prenzlauer Berg eröffnet. Der Info-Laden zog um die Ecke in die Kopenhagener Straße 14. Ein weiterer Meilenstein zur Anerkennung des Clubs wurde mit der Eintragung in das Vereinsregister des Stadtbezirksgerichts Berlin-Mitte am 9. Juli 1990 erreicht.

Micha Unger, der schon in Anfangszeiten der HIB mitgearbeitet hatte, wurde 1996 als Geschäftsführer eingesetzt. Die ursprünglich vereinbarte geschlechterparitätische Arbeit im Club ist auch heute noch durch die Besetzung im Vorstand gewährleistet.

Als die Räumlichkeiten in der Rhinower Straße zu klein wurden, zog der Verein 1999 in die Greifenhagener Straße 28, eine ehemalige Bibliothek, wo er noch heute zu Hause ist. Hier finden Gruppenangebote für Frauen, Männer und transidente Menschen aller Altersstufen, themenorientierte Run-

den, Projekte, Selbsthilfegruppen zu verschiedenen Problematiken und politische Stammtische statt.

Das professionelle Beratungsangebot des Sonntags-Clubs bietet Hilfe in unterschiedlichen Bereichen an. Allgemeine Probleme im psycho-sozialen Bereich sowie Fragen zum Antidiskriminierungsgesetz werden fachlich behandelt. Zweimal monatlich halten Rechtsanwälte Sprechstunden zum Thema Arbeitsrecht ab. Der Löwenanteil der Beratungen bietet Raum für transidente Menschen. Ergänzt wird dieses Angebot durch Vorträge, Filme, Workshops und Gruppen. Das Café ist ein beliebter Treffpunkt für Unterhaltung und Information, auch für Interessierte von außerhalb. Ein umfangreiches Programm mit Vorträgen, Lesungen, Diskussionen, Musik, Kleinkunst, Ausstellungen und Partys hat sich etabliert. Der traditionelle Frauenfreitag ist zur festen Einrichtung geworden.

Dieser Beitrag ist eine gekürzte Fassung aus:

Sonntags - Club (Hg.): Verzaubert in Nord – Ost
Die Geschichte der Berliner Lesben und Schwulen
in Prenzlauer Berg, Pankow und Weißensee Berlin
2009.

Über die Autor/innen

Dr. Jens Dobler ist Historiker, Autor und Herausgeber. Er war von 2007 bis 2010 Leiter des Projekts „Verzaubert in Nord-Ost“. Heute leitet er das Archiv und die Bibliothek des Schwulen Museums in Berlin.

Kristine Schmidt M.A., Kulturwissenschaftlerin. Von 2007 bis 2010 arbeitete sie im Projekt „Verzaubert in Nord-Ost“. Heute ist sie wissenschaftliche Mitarbeiterin im Archiv des Schwulen Museums in Berlin.

Kay Nellißen lebt und arbeitet in Berlin.

Die „Verfügung zur Geschlechtsumwandlung von Transsexualisten“ im Spiegel der Sexualpolitik der DDR

Von Ulrike Klöppel

Über Anträge auf Änderung des Geschlechtsstatus entschied in der DDR Fall für Fall das Ministerium für Gesundheitswesen. Dafür bedurfte es eines medizinischen Gutachtens. Bereits früh wurde durch das Ministerium eine allgemeine Verfahrensregelung zu Transsexualität vorbereitet. Am 27. Februar 1976 war es so weit: Der Gesundheitsminister erließ eine „Verfügung zur Geschlechtsumwandlung von Transsexualisten“. Damit existierte erstmals eine förmliche Regelung für den Geschlechtswechsel in der DDR. Die Verfügung wurde nur vier Jahre nach dem Schwedischen Transsexuellengesetz von 1972 und vier Jahre vor dem bundesdeutschen Transsexuellengesetz von 1980 erlassen. Im internationalen Vergleich beschriftet also die DDR-Führung schon recht früh den Weg einer Legalisierung des Geschlechtswechsels.

Wie kam die Transsexuellen-Verfügung zustande? Hatten das Engagement einzelner Mediziner_innen und der internationale medizinisch-psychologische Fachdiskurs Einfluss darauf? Welche Rolle spielten die Menschen, die eine behördliche Anerkennung ihrer empfundenen Geschlechtszugehörigkeit erreichen wollten? War die Konkurrenz zwischen den beiden deutschen Staaten von Bedeutung? Und in welcher Weise hing die Regulierung des Geschlechts-

wechsels mit den vorherrschenden Sexualitäts- und Geschlechternormen zusammen?

Diese Fragen stellten sich mir, als ich im Historischen Krankenaktenarchiv der Nervenklinik der Charité auf Akten aus den 1960er und 1970er Jahren mit der Aufschrift »Transsexualität« stieß. Darin finden sich bewegende Lebensläufe und Briefe, außerdem medizinische Gutachten, Hinweise auf Behandlungsmaßnahmen und Schriftverkehr mit dem Ministerium für Gesundheitswesen. Offenbar nahmen in diesem Zeitraum Gesuche auf Personenstandsänderung zu. Bereits 1959 wurde auf diesem Wege eine Frau-zu-Mann-Geschlechtsumschreibung gestattet (Lammers 1959: 545ff), Kurz vor und kurz nach Erlass der Verfügung von 1976 genehmigte das Ministerium für Gesundheitswesen mindestens drei weitere Anträge auf Personenstandsänderung. Nunmehr wurden auch geschlechtsangleichende Operationen durchgeführt.

Bei Betrachtung der Psychiatrieakten der Charité stellt sich unweigerlich die Frage nach einem Zusammenhang mit der gesellschaftlichen Ablehnung von Homosexualität und der Sexualpolitik der DDR-Führung. In der DDR war zwar im Vergleich zur Bundesrepublik die strafrechtliche Verfolgung einvernehmlicher gleichgeschlechtlicher sexueller Akte unter erwachsenen Männern weitaus geringer, bis sie schließlich im Jahr 1968 gänzlich abgeschafft wurde (lesbische sexuelle Beziehungen hatten ohnehin nicht unter Strafe gestanden). Die Alltagsdiskriminierung hielt dennoch an (Grau 2012). Heteronormative Zwänge und Diskriminie-

rungen offenbaren sich in den Charité-Akten allenthalben. Insbesondere junge Menschen, deren gleichgeschlechtliche sexuelle Kontakte bekannt wurden, drängten Eltern, Mediziner_innen und andere Autoritätspersonen zu Gesprächstherapien, die oftmals mit einem Psychiatricaufenthalt verbunden waren. Solche Behandlungen zielten zumindest bis 1969 unter Professor Karl Leonhard als Leiter der Nervenlinik der Charité explizit darauf, die „Patienten“ von homosexuellen Praktiken und Phantasien abzubringen. Leonhard arbeitete zu diesem Zweck auch mit Drohungen und Zwang. So hielt er beispielsweise die Angehörigen von „Patienten“ dazu an, deren Sozialkontakte zu kontrollieren, und veranlasste Arbeits- oder Studienplatzwechsel, um homosexuelle Beziehungen auseinander zu bringen. Aber auch ohne diese Interventionen hatten manche der psychiatrisierten Personen bereits drastische Diskriminierungen wie z.B. Exmatrikulation bei Bekanntwerden ihrer gleichgeschlechtlichen Beziehungen erleben müssen.

Die psychiatrischen Akten von Menschen, die als Transsexuelle klassifiziert wurden, dokumentieren ebenfalls gehäuft diskriminierende Behandlungen, wenn sexuelle Beziehungen oder Verhaltensweisen wie das Tragen der Kleidung des „anderen“ Geschlechts bekannt wurden, die nicht den Geschlechtsrollenerwartungen und der heterosexuellen Norm entsprachen. Die begutachtenden Ärzt_innen spielten Homosexualität gegen Transsexualität aus, indem sie mit Verhaltensbeobachtungen,

intimen Befragungen und psychologischen Tests herauszufinden suchten, ob hinter dem Wunsch nach Geschlechtsumwandlung eine verdrängte, behandlungsbedürftige Homosexualität steckte. Letztlich ging es in beiden Fällen darum, die betroffenen Menschen mit allen Mitteln an die heterosexuelle Norm anzupassen.

Da die „Verfügung zur Geschlechtsumwandlung von Transsexualisten“ unveröffentlicht blieb und nur in Fachkreisen bekannt war, gab es für medizinische Laien in der DDR noch in den 1970er Jahren kaum eine Informationsquelle über den Weg eines Geschlechtswechsels. Eine Ausnahme ist das mehrfach aufgelegte Buch „Mann und Frau intim“ von Siegfried Schnabl. Der Autor deutet darin, gestützt auf die Erfahrungen des Moskauer Psychiaters Aron Belkin, die Möglichkeit einer chirurgischen Geschlechtsangleichung für die in ihrem Geschlechtsempfinden therapeutisch nicht umkehrbaren Transsexuellen an (Schnabl 1978: 283 ff.).

Trotz geringer Informationsmöglichkeiten wurden mehr und mehr Personen in der Nervenlinik der Charité vorstellig, die den Wunsch nach operativer Angleichung an das empfundene Geschlecht und amtliche Geschlechtsumschreibung äußerten. Den Mediziner_innen erschien es umso schwieriger, „[s]ich in die Welt der Transvestiten zu versetzen, hier die Spreu vom Weizen zu trennen“, wie sich der Gynäkologieprofessor der Charité, Helmut Kraatz, ausdrückte (Kraatz 1977: 197). Menschen mit „abenteuerlichen Vorstellungen“ und „vordergrün-

digem' Geschlechtsumwandlungswunsch müssten von den „primären Transvestiten“ (so ein von vielen Mediziner/innen bis in die 1970er Jahre hinein anstelle von Transsexualität verwendeter Ausdruck) klar unterschieden werden. Entsprechend der zeitgenössischen internationalen Debatte wurde die Diagnose „Transsexualität“ an die Kriterien der „unabänderlichen, absoluten inneren Gewissheit“, dem ‚anderen‘ Geschlecht anzugehören, und den Operationswunsch geknüpft.

Wie sich die medizinischen Bemühungen konkret auswirkten, um eine ‚reine‘ Kategorie Transsexualität herzustellen, lässt sich an der Akte von T.L. nachvollziehen, einer Person, die sich erstmals 1971 zu einer mehrtägigen Begutachtung zwecks Unterstützung ihres Wunsches nach Geschlechtswechsel in die Nervenklinik der Charité begeben hatte. Bei diesem Aufenthalt gelangte der Gutachter Otto Prokop, Direktor der Gerichtsmedizin, zu der Einschätzung, dass der Operationswunsch nicht dringlich sei und „der Fall erheblich von den klassischen Fällen von Transvestitismus“ abweiche. Prokop riet, dass das Umfeld von T.L. die „lesbischen Neigungen“ akzeptieren solle, damit sich der Wunsch nach Geschlechtswechsel nicht verfestige. Doch T.L. ließ nicht locker und stellte 1973 beim Standesamt einen Antrag auf Namensänderung. Im weiteren Verlauf des Falls gab Prokop, offenbar beeinflusst von T.L.'s Insistieren, seine ursprüngliche Beurteilung auf und unterstützte den Antrag auf Geschlechtsumwandlung. 1975 hieß es schließlich in einem psychiatrischen Gut-

achten, das dem Gesundheitsminister zuzuging: „Die primär gestellte Diagnose einer lesbischen Haltung muß jetzt im Sinne eines primären Transsexualismus korrigiert werden. Es erweist sich, dass dieser Transsexualismus als manifest zu beurteilen ist und auch in Zukunft keine Änderung hinsichtlich der Geschlechterrolle zu erwarten ist.“

Personen, die in der DDR eine Geschlechtsumstellung erreichen wollten, mussten sich in ihrer Selbstdarstellung jedoch nicht nur eindeutig gegen Homosexualität abgrenzen und sich für angleichende Operationen entscheiden. Da sie sich mit ihrem Antrag auf Personenstandsänderung an die Standesämter oder direkt an das Ministerium für Gesundheitswesen wandten, mussten sie sich darüber hinaus auch als beflissene DDR-Bürger/innen präsentieren. Beispielsweise schrieb T.L. 1974 an den Gesundheitsminister Ludwig Mecklinger: „Die Erfüllung der Interessen der Gesellschaft sowie (...) meiner persönlichen Interessen stehen für mich gleichberechtigt nebeneinander. Bisher habe ich mich immer bemüht, trotz Behinderung durch mein Problem, meinen Aufgaben unserer Gesellschaft gegenüber so gut als möglich gerecht zu werden. Trotz meines persönlichen Einsatzes (FDJ-Sekretär, Kreisleitungsmitglied der FDJ) hindert mich meine widersprüchliche Erscheinung an der vollen Entfaltung meiner Persönlichkeit.“ Mecklinger sprang auf die Formel des ‚engagierten DDR-Bürgers‘ an und antwortete T.L. in einem nahezu empathischen Brief, dass er Stellungnahmen einholen werde, um eine Entscheidung über

seinen Fall herbeizuführen.

Ein Jahr nach diesem Briefwechsel wurde die „Verfügung zur Geschlechtsumwandlung von Transsexuellen“ erlassen. T.L. erreichte als eine der ersten Personen, gestützt auf die staatliche Regelung, eine Geschlechtsumstellung. Die Verfügung gestattete volljährigen DDR-Bürger_innen sowie in der DDR geborenen Bürger/innen anderer Staaten, ihre standesamtliche Geschlechtsregistrierung zu ändern, sofern sichergestellt war, „daß der Transsexuelle einem anderen Geschlecht angehört, als im Geburtenbuch eingetragen ist (...)“. Im Auftrag des Ministeriums für Gesundheitswesen prüfte dies eine medizinische Expertenkommission besetzt mit Professoren der Berliner Charité. Die Mediziner führten eine ausführliche Begutachtung der antragsstellenden Person durch. Sie hatten außerdem die „medizinische Notwendigkeit“ einer chirurgischen Geschlechtsangleichung zu beurteilen. Laut Verfügung war eine Anpassungsoperation die Voraussetzung dafür, dass das Ministerium des Innern die standesamtliche Umschreibung des Geschlechts veranlasste. In der Praxis wurde aber die Reihenfolge nicht immer eingehalten.

Während sich somit die DDR-Führung und die Medizin im Vergleich zur internationalen Lage verhältnismäßig früh aufgeschlossen für Menschen zeigten, die ihren Geschlechtsstatus ändern wollten, offenbarte sich darin zugleich die homophobe Politik des Staates und leitender Ärzt_innen. Insgesamt belegen die Akten und Dokumente im zeitlichen Umfeld der „Verfügung zur

Geschlechtsumwandlung von Transsexuellen“, dass Heteronormativität und konservative Geschlechtsstereotype (auch) in der DDR auf institutioneller Ebene und im Alltag fest verankert waren.

Dieser Beitrag ist eine leicht gekürzte und bearbeitete Zweitveröffentlichung eines 2012 in dem von Justin Time und Jannik Franzen herausgegebenen Ausstellungskatalog „trans*_homo. differenzen, allianzen, widersprüche. differences, alliances, contradictions“ (NoNo-Verlag) erschienenen Textes.

Wir haben auf den inhaltlich gut nachvollziehbaren Wunsch der Autorin hin in diesem Artikel, abweichend von unserer sonstigen Regelung, die Genderschreibweise mit Unterstrich übernommen.

Literatur:

Günter Grau: „Strafrechtliche Verfolgung der Homosexualität in der DDR“. In: § 175 StGB. Rehabilitierung der nach 1945 verurteilten homosexuellen Männer. Dokumente lesbisch-schwuler Emanzipation 28 (2012), S. 44–58

Helmut Kraatz: Zwischen Klinik und Hörsaal. Autobiographie, Berlin 1977.

Hans Jörn Lammers: „Über eine konstitutionelle homosexuelle Transvestitin mit teilweiser ‚Vermännlichung‘ der sekundären Geschlechtsmerkmale“. In: Nervenarzt 30/12 (1959), S. 545–552.

Siegfried Schnabl: Mann und Frau intim: Fragen des gesunden und gestörten Geschlechtslebens, Berlin 1978 (12., unver. Aufl.).

Über die Autorin

Dr. Ulrike Klöppel, Psychologin, engagiert sich seit vielen Jahren gegen die Diskriminierung von inter- und transgeschlechtlichen Menschen. Sie forscht zur Geschichte von Inter- und Transsexualität, Medizingeschichte, Queer Theory. Im Herbst 2014 wird sie an der Humboldt-Universität Berlin ein Forschungsprojekt zur Geschichte des Aids-Aktivismus in der BRD beginnen.

Emailadresse: ulrike.kloepfel@hu-berlin.de

Lernen aus der Geschichte

Homosexualität in der DDR

Für Schüler/innen mag es zunächst sonderbar erscheinen, dass sexuelle Identitätskategorien wie Homo- und Heterosexualität innerhalb einer Gesellschaft durch interesselgeleitete Konstruktionsprozesse und medizinisch-psychiatrische Diskurse beeinflusst und geformt werden. Das Unterrichtsmaterial „Homosexualität in der DDR“, welches Multiplikator/innen auf der Webseite www.queerhistory.de zum kostenlosen Download zur Verfügung steht, dient daher nicht nur zur historischen Einordnung der Situation von Homosexuellen in der DDR, sondern auch dazu, die Vielschichtigkeit und Ambiguität spezifischer Diskurse in ihrer Wirkung auf rechtliche Gegebenheiten, gesellschaftliche Wahrnehmungsprozesse und individuelle Erfahrungen von Schwulen und Lesben aufzuzeigen. Die Schüler/innen bekommen so einen Einblick in historische Diskurse und Entwicklungen, die sie schließlich mit der aktuellen Situation – in Deutschland sowie in anderen Ländern – abgleichen können. Des Weiteren haben die Jugendlichen die Möglichkeit, ihre eigenen Ansichten zu reflektieren und zu überlegen, durch welche gesellschaftlichen, medizinischen und politischen Auseinandersetzungen und Erfahrungen diese beeinflusst wurden und werden.

Das Material

Das von dem Queer History-Projekt entwickelte Unterrichtsmaterial ermöglicht durch eine klare Struktur und umfangreiche didaktische Anmerkungen eine einfache und

Empfehlung Unterrichtsmaterial

praktische Handhabung. Das Material wird zur Bearbeitung mit Klassen der Oberstufe empfohlen und umfasst einen Stundenumfang von sechs Unterrichtseinheiten. Ein detaillierter Übersichtsplan umreißt das Thema, den vorgesehenen Ablauf, das angestrebte Ziel und die angebotenen Materialien und Methoden der jeweiligen Unterrichtseinheit.

Die Themenbausteine

Die Schüler/innen nähern sich dem Thema anhand verschiedener Themenbausteine. Diese beleuchten mithilfe umfangreicher und vielfältiger Quellenmaterialien acht unterschiedliche Aspekte homosexuellen Lebens in der DDR. Dadurch bekommen die Jugendlichen einen multiperspektivischen Blick auf die Thematik und erfahren so, welche Diskurse und Entwicklungen konkrete Auswirkungen auf die Lebensrealitäten schwuler und lesbischer Menschen in der DDR hatten.

In einer einführenden Einheit werden die Schüler/innen durch die Diskussion verschiedener Thesenkärtchen dazu veranlasst, sich selbst zur Situation der Homosexuellen in der DDR zu positionieren und ihr Vorwissen zu diesem Thema zu aktivieren. Ein anschließender Baustein ermöglicht durch die inhaltliche Analyse eines Rocksongs einen emotionalen Zugang zum Thema und fördert die assoziativen Kompetenzen der Jugendlichen.

Danach beginnt die historisch-inhaltliche Einordnung des Themas. Anhand dreier Einheiten bekommen die Schüler/innen

Lernen aus der ■ Geschichte ■

einen Einblick in die rechtlich-politischen, medizinisch-psychiatrischen und (sexual-)ethischen Gegebenheiten und Entwicklungen, denen sich Homosexuelle in der DDR ausgesetzt sahen. Im Anschluss daran werden in einem Baustein zur Emanzipationsbewegung der Schwulen und Lesben in der DDR die Selbstbehauptungsstrategien und gesellschaftspolitischen Kämpfe infolge andauernder Diskriminierungen und Ausgrenzungen nachgezeichnet und dargestellt, inwiefern sich diese auf die gesamtgesellschaftliche Wahrnehmung von Homosexualität auswirkten.

In zwei abschließenden Bausteinen wenden die Schüler/innen schließlich den Blick auf die konkreten Lebensrealitäten und Alltagssituationen von Schwulen und Lesben in der DDR. Dabei bekommen sie eine Vorstellung davon, welche direkte Wirkung gesellschaftliche Diskurse und Kategorisierungen auf das Leben eines/einer Einzelnen hatten und haben.

Fazit

Das Unterrichtsmaterial bietet eine hervorragende Möglichkeit, historisches Lernen mit der Auseinandersetzung mit aktuellen Diskursen zu verknüpfen. Die angebotene Methodenvielfalt und das umfangreiche Quellenmaterial ermöglichen ein abwechslungsreiches Arbeiten und durch verschiedene Einzel- und Gruppenaufgaben sind die Jugendlichen dazu angehalten, eigene Gedanken zu entwickeln und ihre Auffassungen zu reflektieren.

Das Unterrichtsmaterial kann auf der Web-

Empfehlung Unterrichtsmaterial

seite von www.queerhistory.de kostenlos als PDF [heruntergeladen](#) werden.

Unsichtbare Lesben - Biographische und gesellschaftskritische Einblicke

Von Patsy Henze

Ein Phänomen, welches sich zumindest durch die deutsche Geschichte Homosexueller zieht, ist die Dominanz schwuler Männer in historischen Darstellungen. Einen gewichtigen Grund dafür stellt die unterschiedliche gesellschaftliche Bewertung männlicher und weiblicher Sexualität dar. Während Schwulsein in der Öffentlichkeit immens sexualisiert wird und damit als Gefahr für die heterosexuelle Ordnung steht, wird Zärtlichkeit unter Frauen gar nicht erst mit Lesbischsein in Verbindung gebracht. Sich selbstbewusst als Lesbe zu bezeichnen bedeutet also für eine heteronormative Gesellschaft, die eigene Sichtbarkeit erst zu erkämpfen, was eine Provokation darstellt. Letzteres äußerte sich in der DDR durch zahlreiche Anlässe Ende der 1980er Jahre, bei welchen zwar Schwule sprechen durften, Lesben – obwohl sie sich anmeldeten – jedoch nicht zugelassen wurden.

Ursula Sillge setzt in ihrem 1991 in Ost-Berlin erschienen Buch „Un-Sichtbare Frauen. Lesben und ihre Emanzipation in der DDR“ bewusst einen Schwerpunkt auf lesbisches Leben in der DDR und widersetzt sich damit der Unsichtbarkeit in Form einer historischen und gesellschaftskritischen Aufarbeitung. „Un-Sichtbare Frauen“ enthält zahlreiche autobiographische Anteile, geht also teils in Richtung einer Oral History, welche einer ungehörten lesbischen Stimme

ebenso Platz einräumt wie empirisch nur schwer festzuhaltende Erfahrungen. Nach einer Einschätzung der allgemeinen Lesbenfeindlichkeit in Ländern wie der DDR geht die Autorin auf Coming outs in dem realsozialistischen Staat ein. Hierzu ergab sich für Lesben insbesondere die Schwierigkeit, lesbische Sexualität und lesbische Lebenswelten kennenzulernen in einem Umfeld, durch welche diese nicht existent zu sein scheinen. Mit einem persönlichen Einblick versehen werden Selbstzweifel, eine scheinbare Akzeptanz der Gesellschaft, das problematische Verhältnis zu Eltern sowie Kolleg/innen behandelt. Vor diesem Hintergrund ist auch zu erklären, inwiefern lesbische Beziehungen selbst von der lesbenfeindlichen Gesellschaft geprägt sind. Im Kapitel zu juristischen und medizinischen Fragen bezüglich Homosexualität findet sich auch ein kurzes Kapitel zu Transsexualität in der DDR, die gänzlich anders behandelt wurde als in der Bundesrepublik, wie auch Ullrike Klöppel in unserer vorliegenden Ausgabe erörtert. Auch der Lesbenbewegung und ihrem Verhältnis zum DDR-Regime widmet die Autorin einen Teil ihres Buches.

Trotz der autobiographischen Färbung bleibt Ursula Sillge in ihrer Schilderung differenziert. Sie beleuchtet das Leben von Lesben in der DDR zwar aus ihrer eigenen Perspektive, doch in seiner Vielfältigkeit und ohne den Versuch zu unternehmen, durchweg pauschale Ergebnisse präsentieren zu können. Inhaltlich ist „Un-Sichtbare Frauen“ durchaus fundiert und wird dennoch in leicht verständlicher Sprache prä-

Lernen aus der Geschichte

Empfehlung Fachdidaktik

sentiert. Das ganze Buch oder einzelne Kapitel bieten sich somit hervorragend dafür an, sie im Unterricht ab Sekundarstufe II zu verwenden. Mit entsprechenden Fragestellungen lässt sich so ein guter Einblick für die Schüler/innen auf lesbische Lebenswelten in der DDR herstellen. Gleichzeitig werden viel allgemeinere Fragen zu Homosexualität und Lesbenfeindlichkeit behandelt, die auch heute noch Gültigkeit besitzen. Damit bietet Ursula Sillges Buch nicht nur eine historische Perspektive, sondern auch eine Möglichkeit, über Ausgrenzung und Akzeptanz im Unterricht zu sprechen.

Sillge, Ursula: Un-Sichtbare Frauen. Lesben und ihre Emanzipation in der DDR. ISBN 3-86153-012-0.

Ergebnisse der Tagung „Schwule und Lesben in der DDR“ – Ein Einblick für Lehrer/ innen und Pädagog/innen

Die Forschungsbeiträge zum Verhältnis von Homosexualität und Deutscher Demokratischer Republik nehmen in den letzten Jahren stetig zu, doch bleiben sie nach wie vor überschaubar. In der 2008 erschienenen Tagungsdokumentation „Schwule und Lesben in der DDR“, herausgegeben als gemeinsames Projekt des Landesverbandes Sachsen-Anhalt des Lesben- und Schwulenverbands Deutschland und der Heinrich-Böll-Stiftung Sachsen-Anhalt, wird ein hilfreicher Überblick zu den bis dato aktuellen Forschungsergebnissen geliefert. Die zitierten Quellen sind darüber hinaus eine umfangreiche Do-

kumentation des Forschungsstandes.

Zunächst bietet Kurt Starke eine Bestandsaufnahme vor 1989 durchgeführter empirischer Forschungsergebnisse zur Einstellung von Heterosexuellen gegenüber Lesben und Schwulen in der DDR. Hierbei spielt auch die unterschiedliche Gesetzgebung eine entscheidende Rolle. Gegenüber der Bundesrepublik, in welcher der § 175, nach dem homosexueller Sex zwischen Männern unter Strafe stand, erst 1969 erstmals reformiert (und keineswegs abgeschafft) wurde, stellte die Deutsche Demokratische Republik die strafrechtliche Verfolgung bereits 1950 verschärft und die gesonderte Bestrafung homosexueller Handlungen 1957 abgeschafft. Gleichzeitig blieb eine homosexuellenfeindliche Denktradition selbstverständlich vorhanden und dominierte den Alltag von Lesben und Schwulen, wie Christian Schenk in seinem Artikel betont. Darüber hinaus geht er im Speziellen auf die Situation lesbischer Frauen auf der Ebene der parteipolitischen Ideologie in der DDR ein. So hält er fest, dass hier im Gegensatz zu Westdeutschland eine praxisbezogen bessere Gleichberechtigung von Frauen, insbesondere in der Arbeitswelt, sowie ein freier Umgang mit Körperlichkeit und Sexualität zu verzeichnen sind. Es war demnach keine Problematik, wenn eine Frau alleine lebte, anstatt in einer heterosexuellen Kernfamilie als Mutter aufzutreten. Doch blieben die gesellschaftlich fest verankerten Ressentiments bestehen. Und die realsozialistische DDR war vor allen Dingen ein patriarchaler Staat. Homosexualität wurde bis in die 1980er Jahre zwar nicht als

Lernen aus der Geschichte

Empfehlung Fachdidaktik

Krankheit verhandelt, aber als eine eindeutig nicht zu befürwortende sexuelle Orientierung. Darauf aufbauend wird in Samirah Kenawis Beitrag ein Einblick in die lesbischen Bewegungen im Osten gegeben. Die patriarchale Struktur war demnach auch in homosexuellen Bewegungszusammenhängen zu beobachten. Während es sehr viele aktive Lesben gab, die in den aktivistischen Zirkeln einen großen Anteil beitrugen, wurden sie nicht sichtbar gemacht und bis heute in geschichtlichen Aufbereitungen ignoriert. Insbesondere die Kirchen waren Horte sozialer Bewegungen in der DDR indem sie die nötige Infrastruktur boten. Doch waren die „Arbeitskreise Homosexualität“ nicht in jeder der christlichen Institutionen gern gesehen, wie Hans-Jochen Tschiche berichtet. Einen wichtigen Aspekt schwuler und lesbischer Lebenswelten westlicher Industriestaaten in den 1980er Jahren war die Krankheit HIV/AIDS. Bis Mitte der 1990er Jahre starben auch in der Bundesrepublik eine immense Zahl schwuler Männer an AIDS. In der DDR wiederum war dieser Zustand ein gänzlich anderer. Während in Westdeutschland im Jahr 1987 12.785 positive HIV-Antikörper-Tests bestätigt wurden, gab es nur neun im Osten. Entsprechend anders entwickelte sich sowohl der staatliche als auch der bewegungsspezifische Umgang damit: Während sich in Westdeutschland ACT UP formierte und gegen die Diskriminierung von HIV-Positiven und für eine angemessene gesundheitliche Aufklärung engagierte, gab es in der DDR nur zaghafte Schritte in Richtung einer Aids-Hilfe DDR und zielgruppen-

orientierter Präventionsangebote. Rainer Herrn betont in seinem Artikel die weitreichenden Folgen dieser historischen Entwicklungen: heute gibt es auch im Osten der Bundesrepublik viel höhere Infektionsraten, doch bleibt die fehlende Infrastruktur bestehen. Wohl einer der bekanntesten schwulen Aktivisten der Zeit, Eduard Stapel, berichtet über das Engagement der Homosexuellen im realsozialistischen Staat anhand ihrer Überwachung durch das Ministerium für Staatssicherheit (MfS). Er entschärft Vorstellungen eines feindseligen Eingreifens des MfS in die Arbeit von schwulen und Lesben, wobei die Überwachung und der Druck auf die Inoffiziellen Mitarbeiter keineswegs zu unterschätzen ist.

Insgesamt ist die Tagungsdokumentation „Lesben und Schwule in der DDR“ als wissenschaftlicher Sammelband zu empfehlen. Er muss aber als solcher verstanden werden, da er sich nicht als Unterrichtsmaterial eignet. Vielmehr können sich Lehrer/innen und Pädagog/innen auch ohne Vorwissen hier einen vertieften Einblick in das Themengebiet verschaffen. Durch einige lebensweltliche Beschreibungen und Darstellungen in Erzählform können jedoch durchaus Aufgaben aus dem Material heraus entwickelt werden.

Lesben- und Schwulenverband in Deutschland et al. (Hrsg.): *Lesben und Schwule in der DDR. Tagungsdokumentation*. Halle 2008. ISBN. 978-3-941061-00-2.

Lernen aus der Geschichte

Empfehlung Fachbuch

Die DDR. Die Schwulen. Der Aufbruch.

Von Anne Lepper

In jenen Tagen im November 1989, als die ganze Republik, emotionalisiert von den Ereignissen der letzten Tage, in eine mitreißende Aufbruchstimmung geraten war, trafen sich in dem Freien Tagungshaus Waldschlösschen in der Nähe von Göttingen Schwule aus der DDR und der BRD zu einem gemeinsamen Seminar. Die Veranstaltung war schon lange geplant, und dass der Termin ausgerechnet in die Woche nach dem Mauerfall fiel, war ein Zufall, der wenige Tage zuvor unglaublich erschienen wäre. So dienten die Tage im Waldschlösschen nicht nur als gemeinsame Bestandsaufnahme der Schwulenbewegung in Ost und West, sondern auch, um miteinander und angesichts der neuen Situation Perspektiven zu eruieren und zu entwickeln.

Eine bereits im Januar 1990 in der Schriftenreihe des Waldschlösschens erschienene Tagungsdokumentation gibt die Inhalte, Themen und Diskussionen wieder, die im Laufe des Seminars Aufmerksamkeit erlangten und vermittelt eine Vorstellung von den entstehenden Hoffnungen, Befürchtungen und Enttäuschungen, denen Schwule aus Ost und West angesichts der neuen Situation entgegensahen.

Das Freie Tagungshaus Waldschlösschen

Das Tagungshaus in der Nähe von Göttingen eignete sich geradezu hervorragend als

Ort eines gemeinsamen Treffens politisch engagierter Schwuler aus beiden Teilen Deutschlands. Geographisch in der Mitte der Republik gelegen, bot das Tagungshaus und der ihm angegliederte Verein für soziale und pädagogische Arbeit e.V. bereits seit 1981 ein Programm politischer, kultureller, fremdsprachlicher, körper- und freizeitorientierter Bildung und psychosozialer Angebote für Homosexuelle.

Die Publikation

Im Zentrum der Tagungsdokumentation stehen Gesprächsprotokolle und Interviews mit verschiedenen Teilnehmern. Gerade in den Protokollen der zahlreichen Diskussionen und Gesprächsrunden wird deutlich, dass sich Deutschland zu diesem Zeitpunkt auf dem Höhepunkt eines gesellschaftlichen und politischen Umbruchs befand, an dem die Zukunft ungewiss und die Themen und Fragen dementsprechend weit gefächert waren. Während sich die meisten Teilnehmer durch die eigenen Erfahrungen vorangegangener Großdemonstrationen und das einschneidende Erlebnis des Mauerfalls noch tief beeindruckt und aufgewühlt an den Diskussionen beteiligten, mischte sich vielfach bereits ein desillusionierter Tenor unter die verschiedenen Wortbeiträge. Neben dem Nichtvorhandensein schwuler Themen in den politischen Auseinandersetzungen der Wendezeit, lagen die Gründe dafür auch in einer Unzufriedenheit über die Form der Auseinandersetzung in der Erneuerungsbewegung der DDR, die einige Tagungsteilnehmer abwertend als „intellektuelle Blase“ bezeichneten. So fiel denn

Lernen aus der Geschichte

Empfehlung Fachbuch

auch die Bestandsaufnahme vieler ostdeutscher Tagungsteilnehmer eher frustriert als zufrieden aus: „Das ist der Alltag. [...] unter vier Augen wird von der Norm abweichende Sexualität noch als Krankheit behandelt und eben auch medizinisch 'therapiert'“. (S.26)

Ein ähnliches Bild der damaligen Situation, in Ost und West gleichermaßen, zeichnen auch einige Autoren, durch deren Beiträge die Publikation inhaltlich-theoretisch ergänzt wurde. So berichtet Jürgen Lemke in seinem Text von einem Artikel im westdeutschen Magazin „Der Spiegel“, in dem Stasi-duos auf Großdemonstrationen als „Schwulenparade“ bezeichnet wurden, und Olaf Leser kommt in seinem historischen Überblick über die Situation von Homosexuellen in der DDR zu dem Urteil: „Wir sind noch weit entfernt von einem normalen Umgang zwischen Hetero- und Homosexuellen“. (S.44)

Doch es gibt nicht nur Schlechtes zu berichten. Lutz Möbius und Kai Werner erzählen von ihren Erfahrungen mit der Gründung und Organisation verschiedener FDJ-Schwulenklubs, die sich mit anfänglichen Startschwierigkeiten und beträchtlichem politischen Gegenwind in den 1980er Jahren zu einem funktionierenden Konzept entwickelten. Und auch Günter Gau spricht in seinem Beitrag von wichtigen Veränderungen, die in Bezug auf die Situation der Homosexuellen in der DDR jüngst stattgefunden haben – die Beseitigung der strafrechtlichen Diskriminierung, die Herausbildung einer politischen Homosexuellenbewegung und der Bruch mit der Homo-

sexualität als gesellschaftliches Tabu. Diese Entwicklungen beschreibt Gau jedoch nicht ohne darauf hinzuweisen, dass es auf dem Weg hin zu einer gleichberechtigten Akzeptanz von Lesben und Schwulen noch viel zu erreichen gibt.

In diesem Sinne sind auch jene Grundsätze und Maßnahmen zu verstehen, die „Für eine Anerkennung und Gleichberechtigung von Lesben und Schwulen“ als Ergebnis der „Karl-Marx-Städter Plattform“ zur Diskussion und zum Handeln anregen sollen. Das am Ende der Publikation abgedruckte Papier bietet weitreichende Überlegungen, die in die Themenbereiche Rechtspolitik, Rechtsanwendung, Kulturpolitik, Wissenschaftspolitik, Kirchenpolitik, Sexualerziehung, Gesundheitspolitik und Aids-Politik untergliedert sind. Sie geben heutigen Leser/innen einen guten Überblick über die damalige Situation und darauf aufbauende Forderungen aktiver Mitglieder der Schwulenbewegung.

Fazit

Der Tagungsband gibt einen einmaligen und spannenden Einblick in die aufwühlende Situation der Homosexuellen aus Ost und West in den Tagen der Wiedervereinigung. Die Publikation eignet sich daher, um mit heutigen Jugendlichen die Atmosphäre jener Zeit nachzuempfinden und die damit in Verbindung stehenden Entwicklungen in den langfristigen Kampf um Gleichberechtigung von Schwulen und Lesben einzuordnen.

Literatur

Jean Jacques Soukup (Hrsg.): Die DDR. Die Schwulen. Der Aufbruch. Versuch einer Bestandsaufnahme. Schriftenreihe des Waldschlösschens, Band 1. ISBN: 3-9802426-0-9.

Coming Out – Ein schwules Zeitdokument aus der DDR

Von Patsy Henze

Als 1989 Tausende von Menschen mit dem Fall der Mauer beschäftigt waren und auf die Straße gingen, verpasste eine große Zahl von Schwulen dieses Ereignis. Sie saßen im Kino und fieberten dem ersten schwulen Film der DDR entgegen: „Coming Out“ (1989) von Heiner Carow. Zwar war seit 1957, also viel früher als in der Bundesrepublik, Homosexualität unter Männern nicht mehr strafrechtlich verfolgt. Während es in Westdeutschland jedoch bereits 1971 mit „Nicht der Homosexuelle ist pervers, sondern die Situation in der er lebt“ von Rosa von Praunheim und Martin Dannecker einen Film von und für Schwule gab, so war schwule Kultur in der DDR nicht derart sichtbar in der Öffentlichkeit. Erst in den 1980er Jahren und vor allen Dingen unter Einfluss der neuen schwulen und lesbischen Bewegungsgruppen gab es eine zunehmende Auseinandersetzung mit Homosexualität in dem realsozialistischen Staat. Die Thematisierung von Homosexualität und DDR ebenso wie Homosexuellenfeindlichkeit und Selbstbewusstsein von Schwulen durch den Film, bietet sich für die Arbeit mit Jugendlichen im Geschichtsunterricht besonders an.

Wir finden uns in Ost-Berlin wieder, wo gerade ein Feuerwerk gezündet wird. Während draußen feierliche Stimmung herrscht, wird in einem Krankenhaus Matthias Seiffert behandelt. Er hat versucht sich umzubringen und nennt als Begründung seine Homose-

xualität. Nach dieser Sequenz verfolgt der Film zunächst das Leben von Philip Klarman, einem jungen Lehrer. Er lernt Tanja kennen, mit der er ein Verhältnis eingeht. Nach dem überraschenden Besuch eines Schulfreundes, mit dem er als Jugendlicher Sex hatte, wird er mit seinen eigenen Gefühlen konfrontiert. Nachdem er ihn wiederholt aufsucht, konfrontiert ihn dieser mit der gemeinsamen Vergangenheit, die für den Schulfreund eine Sanktion durch die Eltern bedeutete. Die Beziehung wurde unterbunden und Philips Abkehr von seinem damaligen Freund hat dieser als schmerzliche Zurückweisung empfunden. Philip ergreift die Flucht, möchte sich nicht damit auseinandersetzen. Durch den Besuch einer Bar für Homosexuelle, in die er scheinbar zufällig geht, zeichnen sich in ihm erste Zweifel an seiner Heterosexualität ab. Dort betrinkt er sich und muss von zwei Gästen, einer davon Matthias, nach Hause gebracht werden. In den darauf folgenden Tagen wird er zunehmend unruhig und greift in eine rassistisch motivierte Schlägerei ein. Als er kurz darauf einen schwulenfeindlichen Übergriff beobachtet, ergreift er die Flucht. Zu nah erscheint die Problematik und die Gewalt seiner eigenen Person. Am Arbeitsplatz gerät er durch seinen unkonzentrierten Gemütszustand in Probleme und die Beziehung zu Tanja wird zunehmend problematisch, woraufhin er schließlich auch hier die Flucht ergreift. Nach einem wiederholten Aufeinandertreffen mit Matthias lädt dieser ihn zu seinem Geburtstag ein – und die beiden beginnen eine Affäre miteinander. Hin und

Lernen aus der ■ Geschichte ■

Empfehlung Film/DVD

hergerissen zwischen seiner sozialen Verpflichtung, die ihm eine heterosexuelle Sozialrolle abverlangt, seiner Loyalität gegenüber Tanja und den Gefühlen gegenüber Matthias, kommt es zu einem ungeschickten Zusammentreffen zwischen Tanja und Matthias. Die beiden letzteren brechen die Beziehung zu Philip ab. Philip ist schließlich alleine, muss seinen eigenen Gefühlen als Schwuler begegnen. Der Film bietet kein klassisches Happy End, sondern lässt Philips schwule Zukunft in beruflicher Hinsicht wie in Bezug auf seine Beziehung offen.

In der Bar werden unterschiedliche homosexuelle Charaktere vorgestellt, unter anderem ein älterer Herr, der von seiner Internierung im KZ Sachsenhausen berichtet. Die homosexuelle Subkultur bezeichnet er als Anker, der jedoch nicht nur Glück verspricht. Zu viel Feindlichkeit besteht nach wie vor in der Gesellschaft, um als Homosexuelle/r selbstbewusst zu sich selbst zu stehen und sich selbst gegenüber mit Anerkennung zu begegnen. Dieses Gespräch bietet einen wichtigen Anhaltspunkt für eine Auseinandersetzung mit Homosexuellenfeindlichkeit im Zusammenhang mit deutscher Geschichte. Hierzu können Strafrechtsparagrafen aus dem NS wie aus der Bundesrepublik herangezogen werden und damit die Verfolgung bis in die jüngste Zeit hinein verdeutlichen.

Darüber hinaus wird die allgemeine gesellschaftliche Diskriminierung von Schwulen und Lesben angesprochen. Bereits zu Beginn des Films wird der/die Zuschauer/in mit dem Selbstmordversuch eines Schwulen aufgrund seiner sexuellen Orientierung

konfrontiert. Hinzu kommt der schwulenfeindliche Übergriff sowie die Verleugnung von Philips eigener Sexualität. Hierzu können aktuelle Bezüge im Unterricht hergestellt werden: Ist eine derartige Problematik mit der eigenen sexuellen Orientierung auch heute noch denkbar? Wie reagiert das Umfeld von Lesben und Schwulen auf ein Coming Out? Was hat sich historisch verändert und wo sind Kontinuitäten erkennbar?

Der Film „Coming Out“ bietet sich hervorragend dafür an, ihn im Unterricht zu zeigen. Dafür sollten unbedingt ergänzende Informationen herangezogen und mit den Schüler/innen bearbeitet werden. Dazu zählen strafrechtliche Grundlagen ebenso wie eine Auseinandersetzung mit der Stellung von Homosexualität in der DDR. Ohne den realsozialistischen Staat zum Schreckgespenst zu stilisieren bietet der Film als Zeitdokument einen wichtigen Einblick in Problematiken zu Coming Out und Homosexuellenfeindlichkeit, über den auch ein aktueller Bezug hergestellt werden kann.

Coming Out. Regie: Heiner Carow. DDR 1989. 113 Minuten. Auf DVD erhältlich.

Homosexualität und DDR – Forschendes Lernen im Schwulen Museum*

Themen wie das der Schwulen und Lesben in der DDR finden im Unterricht häufig keinen Platz, da sich nur schwerlich Unterrichtsmaterialien finden lassen. Jedoch bieten häufig gerade diese Themen die Möglichkeit, die Schüler/innen selbst in einen Rechercheprozess mit einzubeziehen. Durch das niedrigschwellige Forschen können sie einen direkten Zugang zu dem Unterrichtsinhalt bekommen und darüber hinaus hilfreiche Kenntnisse des wissenschaftlichen Arbeitens erwerben, gerade für Gruppen bildungsbenachteiligter Jugendlicher ist dieses Format gut geeignet.

Das Schwule Museum* in Berlin bietet in seinem Ausstellungsbereich neben zahlreichen wechselnden Ausstellungen immer auch einen allgemeinen Einblick in lesbische und schwule Geschichte. Neben dieser Möglichkeit, Schüler/innen einen Blick auf die Vielfaltigkeit von Geschichte in sexueller und geschlechtlicher Hinsicht zu ermöglichen, findet sich im Museum auch ein international einzigartiges Archiv mit dazugehöriger Bibliothek. Hier kann an den vorhandenen Arbeitsplätzen eigenständig recherchiert werden. Die Aufarbeitung des Bestandes der Geschichte der DDR im Museum findet aktuell noch statt. Somit kann auf bereits aufbereitete Quellen zurückgegriffen werden oder aber es können unter Anleitung des Archivars Dr. Jens Dobler Einblicke in noch nicht dokumentierte Archivalien gewonnen

werden.

In Sekundarstufe II bietet sich mit dem Schwulen Museum* als Lernort für kleine Arbeitsaufträge mit Schwerpunkt auf Recherche an. Die Forschungsergebnisse, etwa von kleinen Arbeitsgruppen, können in Form von Präsentationen in den Unterricht eingebracht werden. Das selbstständige Lernen verspricht spannende Ergebnisse und bietet Schüler/innen eine Grundlage zum abwechslungsreichen Lernen.

Im Schwulen Museum* können durch den Ausstellungsbetrieb Führungen für Schulklassen angemeldet werden. Vor einem Besuch des Archivs und dem Verteilen von Arbeitsaufträgen sollte die Archivbibliothek zur besseren Planung früh genug kontaktiert werden.

Öffnungszeiten Archivbibliothek:

Mo, Mi, Do, Fr 14 - 18 Uhr

Öffnungszeiten Ausstellungsbereich:

So, Mo, Mi - Fr 14 bis 18 Uhr

Sa 14 bis 19 Uhr

Di Geschlossen

Schwules Museum*

Lützowstraße 73

Tel.: +493069599050

<http://www.schwulesmuseum.de>

Unser nächstes Magazin erscheint am 16. April 2014
und trägt den Titel „100 Jahre Erster Weltkrieg“

I M P R E S S U M

Agentur für Bildung - Geschichte, Politik und Medien e.V.
Dieffenbachstr. 76
10967 Berlin
<http://www.agentur-bildung.de>

Projektkoordination: Ingolf Seidel
Webredaktion: Ingolf Seidel, Anne Lepper, Patsy Henze

Die vorliegende Ausgabe unseres Magazins wird durch die Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur gefördert.

Die Beiträge dieses Magazins können für nichtkommerzielle Bildungszwecke unter Nennung der Autorin/des Autors und der Textquelle genutzt werden.